



Frau Fraktionsvorsitzende
Dr. Birgitt Reinemund

Mannheim, 18. Dezember 2025

Mannheim braucht einen langfristig verlässlichen Ausbau des Radwegnetzes

Sehr geehrte Frau Dr. Reinemund,

dieses Schreiben richten wir an alle Bundestags- und Landtagsabgeordneten aller Parteien sowie die Fraktionsvorsitzenden aller Parteien, die im Gemeinderat der Stadt Mannheim vertreten sind. Es zeichnet sich ab, dass die Förderung des Radwegebaus in Mannheim durch wegfallende Förderungen auf Bundesebene, auf Landesebene und durch Streichung der Mittel im Zuge der notwendigen Haushaltseinsparungen auf kommunaler Ebene in den nächsten Jahren de facto eingestellt wird. Überdeutlich wurde dieser Kurs durch die jüngste Entscheidung des Gemeinderats, den bereits beschlossenen Bau des Radweges Mannheim – Heidelberg für das Teilstück Ilvesheim auf einen nicht definierten Zeitraum zu verschieben.

Wir sollten dies gemeinsam zum Anlass nehmen, über den weiteren Weg zum Ausbau des Radwegenetzes in Mannheim nachzudenken und sind hier auf Ihre persönliche Unterstützung angewiesen.

Wir stellen nicht in Abrede, dass es Aufgabe der Parlamente ist, Haushaltspläne vorzulegen, die den gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechen und dabei auch zeitweilig notwendige Einsparungen vorzunehmen. Besorgniserregend ist, dass diese Einsparmaßnahmen auf unbeschränkte Dauer getroffen werden und auch Bereiche betreffen, für die auf Bundesebene durch das Gesetz über die Bildung eines Sondervermögens von 500 Mrd. €, das zum 2.10.2025 in Kraft getreten ist, gerade auch für Länder und Kommunen Investitionsmittel bereitstellen soll.

Rückkehr zum bisherigen geplanten Finanzierungsrahmen

Wir sind der Ansicht, dass der Dialogprozess der letzten Jahre und die sich verschärfende Klimakrise dazu geführt haben, einen neuen Konsens zwischen allen Parteien über den notwendigen Ausbau des Radwegenetzes herzustellen. Auf Bundesebene manifestierte dieser sich in der im Mai 2021 erfolgten Verabschiedung des „Nationalen Radwegeplanes 2030, der vorsieht, bis 2030 Deutschland zu einem Fahrradland zu machen und den Anteil des Radverkehrs bis zu diesem Zeitpunkt zu verdoppeln. Hierzu sollten die pro Einwohner im Durchschnitt erbrachten Aufwendungen zum Ausbau des Radwegenetzes von 5 € pro Einwohner bis 2024 auf 30 € pro Einwohner versechsfacht werden.

Dieser Plan wurde durch die Ampelregierung nicht abgeändert, sondern fortgeschrieben. Auf Grund der eingetretenen Preissteigerungen würde sich der Wert auf heute 45 € pro Einwohner und auf insgesamt 3,81 Mrd. € belaufen.

Auf Landesebene in Baden-Württemberg wird diese Zielsetzung ebenfalls unterstützt und auch von der Opposition mit getragen.

Kommunalpolitisch besteht hierüber auch in dem erst kürzlich verabschiedeten Masterplan Mobilität 2035+ Konsens.

Vor diesem Hintergrund sollte gemeinsam überlegt werden, dass die für den Radwegeausbau zuständigen Mittel auf Bundesebene statt der vorgesehenen Mittel von 1,5 Mrd. € bis 2030 auf 1,2 Mrd. € jährlich aus dem Sondervermögen für langfristige Investitionen aufgestockt werden. Die Länder sollten Ihrerseits gemeinsam in ihren Landesverkehrsfinanzierungsgesetzen Mittel in gleicher Höhe bereitstellen. Sollte dies auf beiden Ebenen nicht sofort machbar sein, so sollte festgelegt werden, in welchen Schritten dies erfolgen kann.

Wir bitten Sie persönlich daher, sich dafür einzusetzen, dass aus dem Topf des Sondervermögens die notwendigen Mittel zur Finanzierung des Programmes „Stadt und Land“ auf Bundesebene und zur Finanzierung der Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetze bereitgestellt werden.

Es bestand zwischen den Parteien ein gemeinsamer Konsens, dass die aufzubringenden Mittel zu jeweils einem Drittel auf Bundesebene, auf Landesebene und durch die Kommunen aufzubringen sind. Bei der Umsetzung zeigte sich aber, dass förderungswürdige Projekte zwar eine Förderung aus dem Topf „Stadt und Land“ und in etwa gleicher Höhe aus Landesmitteln erhalten und damit in Höhe von bis zu 80% gefördert werden, die Förderung sich allerdings nur auf „förderungsfähige“ Kosten bezieht, wozu nur die Kosten des Radwegebaus, nicht aber die damit verbundenen Kosten des Straßenneubaus, der Parkplätze und Fußgängerwege zählen, die aber den Großteil der Kosten ausmachen. Der Lückenschluss des Baus der Radwege in der Augustaanlage in Mannheim hat sich auf insgesamt ca. 10. Mio. € belaufen, der Bundes- und Landeszuschuss auf 1. Mio. €, so dass 90 % der Kosten durch die Stadt zu tragen waren. Hier sollte dringend darüber nachgedacht werden, zumindest die förderungsfähigen Kosten zu 100% durch Landes- und Bundesmittel abzudecken.

Darüber hinaus sollte die dem Fördertopf „Stadt und Land“ zu Grunde liegende Bund- Ländervereinbarung und entsprechende Regelungen auf Landesebene zur Mittelvergabe dahingehend reformiert werden, dass auch Projekte gefördert werden können, die die Förderbedingungen erfüllen, aber über einen mehrjährigen Zeitraum abgearbeitet werden. In Mannheim hat die Verwaltung z.B. den Ausbau der Radwege entlang der B38 überplant, wobei die Einzelpunkte immer dann abgearbeitet werden, wenn der entsprechende Abschnitt aus anderen Gründen überplant wird (z.B. Neubau der Boveribrücke). Hier müsste das Gesamtprojekt mit Kostenplanung zum Zeitpunkt der Einreichung als zu förderndes Projekt aufgenommen werden und die Teilprojekte über einen Zeitraum mehrerer Jahre jeweils entsprechend der Baukostensteigerung angepasst und abgerufen werden können.

Wir möchten auch hier Sie persönlich darum bitten, sich für diese Kostenverlagerung auf die Bundes und Landesebene einzusetzen.

Mannheimer Kommunalpolitik

Die jetzt im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gestrichenen Mittel zum Bau des Radschnellweges Mannheim – Heidelberg -Teilstück Ilvesheim - sollte terminlich zeitnah in den Haushaltsplan des Jahres 2027 oder 2028 aufgenommen werden. Hierbei sollte bei der Trassenführung darauf geachtet werden, dass diese nicht den Planungen des Ausbaus der Straßenbahnlinien zuwiderlaufen. Die auf städtischer Ebene geplanten Mittel für den Radwegeausbau ($320.000 \cdot 45 \text{ €} = 14,4 \text{ Mio. €}$ / 3 = 4,8 Mio. €) sollten den künftigen Haushaltsplänen als Mindestgröße des städtisch zu erbringenden Teils von den 14,4 Mio. € zu Grunde gelegt werden. Im Einzelfall

sind dann immer noch Abweichungen möglich, Instandhaltung und Ausbau der Radwegeinfrastruktur hat dann aber den Charakter einer dauerhaft zu erbringenden Leistung.

Wir bitten Sie sich auch hier persönlich hierfür einzusetzen.

Kommunalpolitisch sollte Einigkeit über folgende Punkte erzielt werden:

Bei allen Neubaumaßnahmen wird die Radinfrastruktur integrativ mit geplant.

Für das Jahr 2026 ist eine Neufassung der ERA 2010 geplant mit geänderten Anforderungen an die Führung von Radwegen (generell auf der Straße und damit sichtbar für den Autoverkehr, Mindestabstand zum ruhenden Verkehr 75 cm). Die neuen Anforderungen werden bei der Sanierung des alten Straßennetzes mit berücksichtigt.
















Wir denken, dass es uns in Abstimmung mit den Parteien und der Verwaltung in den vergangenen Jahren gemeinsam gelungen ist, die Radinfrastruktur in Mannheim deutlich zu verbessern und hierdurch den Anteil der Radfahrenden in Mannheim zu erhöhen. Auch im Rahmen des Masterplans Mobilität 2035+ war eines der Ergebnisse, dass man durch den Ausbau des Radwegnetzes mit relativ geringen Mitteln viel erreichen kann, um den Anteil der Radfahrer im innerstädtischen Verkehr zu erhöhen, den CO₂ Ausstoß im Verkehrsbereich zu reduzieren und den innerstädtischen Verkehr zu verbessern.

Über eine Rückmeldung Ihrerseits würden wir uns freuen und stehen für Gespräche sehr gerne zur Verfügung. Sollten wir uns Ihrer Ansicht nach in einem parteiübergreifenden Treffen hierüber verständigen?

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Werner Döring

Bündnis Fahrradstadt Mannheim

Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC), Mannheim  *Verkehrsclub Deutschland (VCD), Regionalverband Rhein-Neckar*  *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Mannheim*  *Kidical Mass Mannheim*  *QuadRadEntscheid Mannheim*  *XR, Extinction Rebellion*  *LaMa, Lastenvelo Mannheim e.V.*  *Fridays for Future, Mannheim*  *Greenpeace, Mannheim-Heidelberg*  *Ökostadt Rhein-Neckar e.V.*  *Verkehrsforum Neckarau*  *Lokale Agenda 21 Mannheim-Neckarau*  *Die GRÜNEN/Bündnis 90, Kreisverband Mannheim*  *Arbeitskreis Radverkehr der GRÜNEN Mannheim*  *AK Verkehr der LINKEN, Mannheim*  *und viele Einzelpersonen*

Kontakt: info@fahrradstadt-mannheim.de